

Bundes-Kasper-Wahl!

oder: Wahl ist Verrat

Selten waren unsere Politiker so offen und so deutlich, wie in den vergangenen Jahren.

Wolfgang Schäuble am 18. November 2011 beim European Banking Congress in Frankfurt¹:

*„Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus. **Das war die alte Ordnung**, die dem Völkerrecht noch zugrunde liegt, mit dem **Begriff der Souveränität**, die in **Europa längst ad absurdum geführt worden ist**, spätestens in den zwei Weltkriegen der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. **Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen**. Und deshalb ist der Versuch in der europäischen Einigung eine neue Form von Governance zu schaffen, wo es eben nicht eine Ebene, die für alles zuständig ist, und die dann im Zweifel durch völkerrechtliche Verträge bestimmte Dinge auf andere überträgt, nach meiner festen Überzeugung für das 21. Jahrhundert ein sehr viel zukunftsweisenderer Ansatz als der Rückfall in die Regelungsmonopolstellung des klassischen Nationalstaats vergangener Jahrhunderte.“*

*Es ist beim Regieren sehr hinderlich,
wenn man sich beim Ändern der Verfassung an die Verfassung halten muss.
- Wolfgang Schäuble -*

Gregor Gysi hat im August 2013 ergänzend dazu bei Phoenix² im Zusammenhang mit dem NSA-Abhörskandal nochmals deutlich darauf hingewiesen, dass es höchste Zeit sei, die Besatzung Deutschlands zu beenden, da das Besatzungsstatut der Alliierten seit 1945 bis heute immer noch gilt!

Stimmt, das steht ja auch genau so in den Artikeln 127, 133 und 137 des Grundgesetzes³, in denen die Bundesrepublik unmissverständlich als „vereinigt **Wirtschaftsgebiet**“ definiert wird, während die Übernahme der **Besatzungskosten** durch den Bund in Artikel 120 festgelegt ist,

*Wir haben kein Mandat des deutschen Volkes, wir haben Auftrag von den Alliierten.
- Konrad Adenauer -*

¹ Schäuble unzensuriert

² Gysi sagt die Wahrheit

³ Grundgesetz Synopse 1949-2012

Definition Grundgesetz in Creifeld's Rechtswörterbuch 17. Auflage Verlag C.H. Beck, München 2002:

*Ein Grundgesetz ist ein **besatzungsrechtliches Mittel** zur Schaffung von Ruhe und Ordnung in einem **durch Kriegshandlung besetzten Gebiet**. Gegeben von der Siegermacht (oder den Siegermächten), für das **auf Zeit** eingesetzte **Verwaltungsorgan** (BRD).*

Grundgesetz gemäß Artikel 43 des Abkommens betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs⁴ (Haager Landkriegsordnung (HLKO)) vom 18.10.1907:

Art. 43: Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

"Was heißt eigentlich: Grundgesetz?" Aus der für das Verständnis der Bedeutung des Grundgesetzes sehr erhellenden Rede des Abgeordneten Carlo Schmid vor dem Parlamentarischen Rat am 8. September 1948⁵:

*„Wir haben **nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen**. Wir haben **keinen Staat zu errichten!**“*

Das Grundgesetz ist also genau das Gegenteil einer Verfassung, es kann niemals eine Verfassung gewesen oder geworden sein, und konnte wegen bewusstem Verstoß gegen die Zustimmungsvorbehalte der Alliierten (zur Genehmigung bedurfte es der Ratifikation durch das Volk, eine Volksabstimmung wurde allerdings von den Ministerpräsidenten, die das Grundgesetz verabschiedet haben, verhindert) bis heute nicht in Kraft treten. Selbst wenn es in Kraft getreten wäre, unterläge es weiterhin vollständig dem Vorbehalt, nicht gegen alliierte Interessen und Besatzungsrecht zu verstoßen.

Gemäß UNO-Feindstaatenklausel, in Ermangelung eines Friedensvertrags und aufgrund anhaltender feindlicher Besatzung leben wir ganz offensichtlich weiterhin im Kriegszustand, womit Freiheit, Demokratie, Souveränität und Rechtsstaatlichkeit für die Bundesrepublik durch vollständige Fremdbestimmung gänzlich unmöglich sind. Dies ist auch die Grundlage für diese „demokratische Staats-Simulation“, denn gemäß Artikel 24 der Haager Landkriegsordnung (HLKO) sind Kriegslisten (wie die Täuschung des Feindes) erlaubt:

HLKO Art. 24: Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt,

⁴ Haager-Landkriegsordnung von 1907

⁵ Was heißt eigentlich Grundgesetz - Carlo Schmid (1948)

wobei dieser Zustand vorsätzlich – besonders von den deutschen Politikern – aufrecht erhalten wird:

*„Die Bundesrepublik Deutschland stimmt der Erklärung der Vier Mächte zu und unterstreicht, daß die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse und Umstände nicht eintreten werden, d. h., daß ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind.“
(Bundeskanzleramt-Protokoll Nr. 354 B II zu den Verhandlungen am 17.07.1990 in Paris⁶)*

Die Bundesrepublik ist eine rein privatwirtschaftliche Verwaltungs- und Treuhandorganisation der westlichen Siegermächte gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945⁷ zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle durch die Alliierten

III. Deutschland

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Ziels gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

B. Wirtschaftliche Grundsätze

*16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. Von den deutschen Behörden ist in möglichst vollem Umfange die Verwaltung dieses Apparates zu fördern und zu übernehmen. So ist dem deutschen Volk klarzumachen, dass die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. **Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.***

auf einem Teil des völkerrechtlich unbestrittenen und selbst vom Bundesverfassungsgericht in mehreren Entscheidungen bestätigten fortbestehenden 2. Deutschen Reichs, das rechtsfähig, allerdings aufgrund fehlender institutionalisierter Organe momentan nicht handlungsfähig ist:

Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 (277); 3, 288 (319 f.); 5, 85 (126); 6, 309 (336, 363)), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt "verankert" (BVerfGE 2, 266 (277)).

Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat "Deutsches Reich", - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings "teilidentisch", so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit

⁶ Bundeskanzleramt-Protokoll Nr. 354 B Anlage II

⁷ Potsdamer Abkommen vom 2.08.1945

beansprucht. Die Bundesrepublik umfasst also, was ihr Staatsvolk und ihr Staatsgebiet anlangt, nicht das ganze Deutschland, unbeschadet dessen, dass sie ein einheitliches Staatsvolk des Völkerrechtssubjekts "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem die eigene Bevölkerung als untrennbarer Teil gehört, und ein einheitliches Staatsgebiet "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem ihr eigenes Staatsgebiet als ebenfalls nicht abtrennbarer Teil gehört, anerkennt. Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den "Geltungsbereich des Grundgesetzes" (vgl. BVerfGE 3, 288 (319 f.); 6, 309 (338, 363)),

Damit kann auf dem Staatsgebiet des weiterhin existenten Deutschen Reichs (nach Vorgabe der Alliierten gemäß des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)-Gesetz Nr. 52 Artikel VII Punkt e⁸:

„Deutschland bedeutet das Deutsche Reich, wie es am 31.12.1937 bestanden hat.“)
niemals ein weiterer Staat existiert haben, und auch zukünftig nicht existieren können.

*Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt,
sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen.
- Amerikanische Regierungsanweisung Directive JCS 1067/6 -*

Seit 1949 lässt sich die „Regierung“ der Bundesrepublik für die bewusste und vorsätzliche Vortäuschung der Existenz eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates, der niemals existiert hat bzw. dessen Existenz – ganz besonders durch deutsche Politiker – bewusst verhindert wurde und wird, fürstlich bezahlen und versorgen, wobei sie ausschließlich alliierte Interessen vertritt, also gegen den Willen, zum Schaden und auf Kosten des Volkes agiert, dem sie zu dienen vorgibt.

*In der Politik geschieht nichts zufällig.
Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, daß es genau auf diese Weise geplant war.
- F. D. Roosevelt -*

Damit fehlt der Bundesrepublik Deutschland in Ermangelung sämtlicher formaljuristischer, rechtlicher und gesetzlicher Voraussetzungen jegliche Grundlage und Legitimation für vorgeblich souveräne, freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliche Handlungen. Es gab niemals einen „Staat“ Bundesrepublik Deutschland, keinerlei Grundlagen für „staatliches“ oder hoheitliches Handeln durch „Ämter“ oder „Beamte“ (wie z.B. Steuereintreibung, für die es auch innerhalb eines theoretisch gültigen Grundgesetzes keine Rechtsgrundlage gäbe), keinerlei Grundlagen für das gesamte Rechtssystem der BRD, keine Verfassung, keine Gesetze, keine Verordnungen, keine Abgabenordnung, keine Richtlinien, keine Bestimmungen – nichts.

*Ein Patriot muß immer bereit sein, sein Land gegen seine Regierung zu verteidigen.
- Edward Abbey -*

⁸ SHAEF-Gesetz Nr. 52

Sämtliche „Behörden“, „Beamte“ oder „Staatsdiener“ handeln ohne jedwede Rechtsgrundlage, und machen sich für ihre Handlungen und Unterlassungen privat haftbar und verantwortlich. Dementsprechend finden sich heute kaum noch Richter, die bereit ist, ein Urteil zu unterschreiben (und Ausfertigungen dürfen nur von bereits unterschriebenen Urteilen gefertigt werden, ZPO 315, 317) – denn die „Behörden“ und Besatzungsverwalter wissen sehr wohl um den rechtlichen Zustand in Deutschland, da sie auch als „Amts“-personen oder Beamte keine Amtsausweise, sondern als Bedienstete einer Verwaltung einen Dienstausweis bekommen.

*„Deutschland steht unter der Zwangsherrschaft des US-Imperialismus,
ist ein tributpflichtiger Vasallenstaat.“
(US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski im 1997 veröffentlichten Buch
»The Grand Chessboard« (»Die einzige Weltmacht«), S. 92)*

Die gesamte Simulation Bundesrepublik kann also keine Interessen der Deutschen vertreten, und sie will es auch gar nicht. Denn dafür, dass sich das Personal des Gewerbebetriebs BRD sehr großzügig bezahlen lässt, braucht es nichts zu tun, sitzt dafür aber an geeigneter Stelle, um sich von privater Seite noch viel großzügiger bestechen und korrumpieren zu lassen, um auch für die Wirtschaft gegen die Interessen des Volkes zu handeln.

*Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer
verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenden Herrscherclique regieren zu lassen.
- Hans Scholl -*

Hoppla, dann sind die Nationalisten mit ihren schwarz-weiß-roten Reichsflaggen also gar keine „Neo-Nazi-Spinner“, wie sie immer gern von den Propaganda-Medien dargestellt werden, sondern werden auf einmal zu Visionären der aufgeklärten Bevölkerung (wobei es leider auch genug faschistisches Deppen gibt, die allerdings intensiv von den Geheimdiensten zur Diskreditierung der patriotischen Nationalisten gefördert werden, so besteht ja die NPD mittlerweile vollständig aus Verfassungsschützern).

*Politische Dummheit kann man lernen, man braucht nur deutsche Schulen zu besuchen.
Die Zukunft Deutschlands wird wahrscheinlich für den Rest des Jahrhunderts
von Außenstehenden entschieden werden.
Das einzige Volk, das dies nicht weiß, sind die Deutschen.
- Londoner Spectator, 16.11.1959 -*

Seit nunmehr fast 70 Jahren lassen sich die Deutschen von einer kriminellen, privatwirtschaftlichen Vereinigung⁹ (die zufällig den Namen „Regierung der Bundesrepublik

⁹ Dun & Bradstreet - Unternehmensnachweis BRD
D&B UPIK - Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Deutschland“ trägt und als Gewerbebetrieb mit der D-U-N-S Nummer 498997931 beim internationalen Wirtschaftsauskunftsdienst Dun & Bradstreet registriert ist), täuschen, belügen, betrügen, unterdrücken und im Auftrag von feindlichen Besatzern rechtswidrig ausplündern. Amüsant, wie professionell Frau Dr. Merkel absolute Ahnungslosigkeit und Überraschung (nicht nur) in der NSA-Affäre heuchelt, obwohl sämtliche Sicherheitsbehörden und Geheimdienste in der BRD vollständige Unterorganisationen und Exekutivorgane der Fremdbesatzung, insbesondere von CIA und NSA sind. Schön, wie hier jahrelang um 6-monatige Vorratsdatenspeicherung gerungen wird, während die Totalüberwachung schon lange Realität ist.

Interessant ist allerdings, dass die Bundesrepublik laut der von Edward Snowden publizierten Dokumente von der NSA als Partnerland 3. Klasse, und als potentielles Angriffsziel angesehen wird. Soviel zur freundschaftlichen Partnerschaft mit Amerika, während wir den Alliierten die schicke, neue BND-Zentrale in Berlin finanzieren, die komplette Sicherheits-Infrastruktur zur Verfügung stellen (das konnte ja keiner ahnen, dass sie dann auch genutzt wird), und fleißig ihre Kriege unterstützen. Was für eine armselige Show...

Ein Volk, welches regiert wird von einer Macht, muss die Macht kennen, von der es regiert wird. Es muss diese Macht lenken und kontrollieren. Es muss der Macht in den Arm fallen, wenn sie Verbrechen begeht. Andernfalls wird das Volk zum Mittäter.

Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.

- Otto Brenner -

Deutlicher kann man der Bevölkerung nicht mitteilen, dass, wer am 22. September 2013 an der Wahl teilnimmt,

1. sich der weiteren Verhinderung von Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Souveränität für Deutschland verantwortlich macht,
2. rückwirkend das bisheriges Handeln der vorgeblichen Regierung akzeptiert und legitimiert, und sie gleichzeitig beauftragt, mit ihrer kriminellen Staatssimulation fortzufahren, womit man sich auch für die Konsequenzen dieser beauftragten Handlungen (dass dieser kriminelle Zirkus auf Kosten, zu Lasten und zum Schaden nicht nur der Deutschen durch Unterstützung von Krieg, Völkermord, Bankenrettungen etc. weitergeht), verantwortlich macht,
3. des Volks- und Landesverrats, sowie der Unterstützung einer organisierten, kriminellen und terroristischen Organisation schuldig und strafbar macht.

*"Man kann zwar die Realität ignorieren,
man kann aber nicht die Konsequenzen der ignorierten Realität ignorieren."
- Ayn Rand -*

Immerhin wird damit klar, dass sämtliche Entscheidungen dieser Staatssimulation hinfällig und nichtig sind, so beispielsweise sämtliche völkerrechtlichen Vereinbarungen wie auch sämtliche rechts-, grundgesetz- und vertragswidrigen EU-Verträge inklusive des EU-Diktatur-Ermächtigungsgesetzes ESM, sowie sämtlicher rechtswidriger Bankenrettungen (siehe dazu Staats- und Verfassungsrechtler Prof. Dr. Karl-Albrecht Schachtschneider z.B. auf Youtube).

*"Wenn man mit einer so monströsen Verschwörung konfrontiert wird, ist es für den
Einzelnen unmöglich zu glauben, dass sie existiert
- John Edgar Hoover -*

Allerdings sollte die Offenheit der Politiker nicht die Hoffnung wecken, dass sie nun ein schlechtes Gewissen bekämen, oder auf einmal gedenken, tatsächlich dem Volke dienen zu wollen. Der Hintergrund, warum die Deutschen so deutlich auf die fehlende Souveränität hingewiesen werden, ist schlicht der Umstand, dass es eben keine Verfassung gibt, die aber für die Regierungssimulanten notwendig ist, um wenigstens ein wenig Legitimation für die Aufgabe von Souveränitätsrechten für den Übergang der BRD in eine ebenso völlig legitimationslose, rechtswidrige, undemokratische EU heucheln zu können.

*Es ist Aufgabe der Politik, das Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung zu stärken.
- Angela Merkel, 03.02.2003 -*

Da die Forderung nach einer Verfassung – besonders seit der angeblichen Wiedervereinigung 1990 – immer lauter wird, hat Herr Schäuble schon vorgesorgt. Sobald die Besatzungs-/Verfassungsdiskussion präsent genug ist (spätestens nach den Wahlen), wird uns diese kriminelle Organisation erzählen, dass mit der BRD irgendwie eigentlich doch alles rechtmäßig war und ist, und man sich ja bewusst sei, dass jetzt auch rein formell und der guten Ordnung halber eine Verfassung her solle, und dem Volk zwei Entwürfe einer Verfassung zur Abstimmung bzw. Verabschiedung vorlegen.

Das ist natürlich eine absolute Farce. Nur ein souveränes Volk (also das existierende und auch von der BRD-Verwaltung durch das BVerfG bestätigte Staatsvolk des Deutschen Reichs) kann auf dem Staatsgebiet des Deutschen Reichs eine Nationalversammlung einberufen, um sich frei von jedem äußeren Einfluss eine eigene Verfassung zu geben. Dafür muss es erst einmal eine gesamtdeutsche Wiedervereinigung (nach Alliierter Vorgabe in den Grenzen vom 31.12.1937) sowie einen Friedensvertrag inklusive Abzug sämtlicher Besatzungsmächte geben.

Grundgesetz Artikel 146: Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an

dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Und wie Carlo Schmid bereits 1948 vor dem Parlamentarischen Rat deutlich machte, kann

„Die Verfassung des Deutschen Reiches [...] nicht aus dem Grundgesetz hervorgehen!“

Bis zur wiederhergestellten Souveränität können Deutsche in ihrem besetzten Land leider auch kein Eigentum haben, denn der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)-Gesetz Nr. 52 bereits am 12.09.1944 mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc., mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt und gehört – ohne gegenteilige schriftliche Bestätigung der Alliierten – ausschließlich den Besatzern (siehe Berlin Kommandantura Order BK/O (47)/50¹⁰).

Eine Verfassung innerhalb der Staatssimulation BRD bzw. außerhalb eines wieder handlungsfähigen, souveränen Deutschen Reiches ist ausschließlich der Versuch, die bisherigen kriminellen Machenschaften rückwirkend den Deckmantel einer Quasi-Legitimation überzuwerfen, und uns anschließend widerrechtlich und schnellstmöglich in die EU-Diktatur zu überführen. Die BRD stößt uns also ganz deutlich mit der Nase auf Probleme, für die sie schon lange die – für das Volk wie immer die schädlichste aller vorstellbaren, für die Interessen der Besatzer allerdings die besten – Lösungen im Ärmel haben, die sie uns freudestrahlend präsentieren und schnellstmöglich umsetzen werden. Es geht immer nur um die Erhaltung des Status Quo – verständlich, wenn man sich so hemmungslos der Korruption und Bestechung hingeben kann, während man sich parallel noch unbeschränkt aus dem Steuersäckel des Volks bedient.

Das deutsche Volk ist absolut obrigkeitshörig, des Denkens entwöhnt, typischer Befehlsempfänger, ein Held vor dem Feind, aber ein totaler Mangel an Zivilcourage! Der typische Deutsche verteidigt sich erst dann, wenn er nichts mehr hat, was sich zu verteidigen lohnt. Wenn er aber aus seinem Schlaf erwacht ist, dann schlägt er in blindem Zorn alles kurz und klein, auch das was ihm noch helfen könnte.

- Carl Friedrich von Weizsäcker -

So werden wir wohl bald durch selbstinszenierte Kriege, Banken- und Schuldenkrisen alternativlos, vollständig und rechtswidrig enteignet (eine EU-Richtlinie für den Zugriff auf private Vermögen und Sparguthaben ist in der Umsetzung) in den bereits 1946 von Churchill angekündigten Vereinigten Staaten von Europa¹¹, dem 4. Deutschen Reich als EU-Nazi-Diktatur¹², aufwachen und feststellen, dass es zu spät ist, um noch etwas ändern zu können.

¹⁰ BKO-47-50

¹¹ Churchill bestimmte 1946 die Vereinigten Staaten von Europa

¹² Die Nazi-Wurzeln der Brüsseler EU

Zum Zweck der Machterhaltung wird man die Weltbevölkerung auf ein Minimum reduzieren. Dies geschieht mittels künstlich erzeugter Krankheiten. Hierbei werden Bio-Waffen als Seuchen deklariert, aber auch mittels gezielter Hungersnöten und Kriegen. Als Grund dient die Erkenntnis, dass die meisten Menschen ihre eigene Ernährung nicht mehr finanzieren können.

- Carl Friedrich von Weizsäcker "Der bedrohte Friede", 1981 -

Solange es Menschen gibt, die die Vollstrecker ihrer feindlichen Besatzung nicht nur selber wählen und sie bezahlen, sondern ihnen auch noch vollständigen Zugriff auf ihr Hab und Gut gewähren, haben wir nichts anderes als Willkürherrschaft, Unterdrückung, Diktatur, Völkermord, Sklaverei und vollständige Umweltzerstörung verdient und zu erwarten. Aber vielleicht fällt ja einigen Personen, die dieses System aufrecht erhalten, weil sie Schulden begleichen, Haus oder Miete (ab-)bezahlen oder die Familie ernähren müssen, noch rechtzeitig auf, dass das System den größtmöglichen Schaden für uns alle als Menschen bedeutet, und uns und unsere Lebensgrundlage vollständig zerstören wird.

Auch wenn man hypothetisch die Existenz eines Staates Bundesrepublik annimmt, wäre sie unheilbar rechtswidrig.

GG – nicht ratifiziert, unter Besatzungsvorbehalt

Seit Mai 1945 keine Beamten mehr - BVerfG

GVG - §15 – 1950 keine Staatsgerichte, aber GVG §16 Ausnahmegerichte nicht statthaft

BWG – seit 1956 offensichtlich GG-widrig wegen Listenwahlen, nichtig (BVerfG 2012)

Wiedervereinigung – Art. 23 seit 29. September 1990 aufgehoben, da kann am 3. Oktober keiner beigetreten sein

1991 BVerfG – Nichtigkeit des Einigungsvertrags

Rechtsbereinigungsgesetze 2006, 2007 und 2010 – Aufhebung der Geltungsbereiche GVG, ZPO, StPO, OWiG, Aufhebung der Aufhebungen von Besatzungsrecht – also Reaktivierung, Rechtswidrigkeit weiterer Teile des StGB (RA Dr. Thomas Fuchs)

Keine Rechtsgrundlage für Steuern – stillschweigende Annahme Besteuerungshoheit – unheilbare Form- und Rechtsmängel der AO – Elster: Schenkungsrecht

2012 – Bundeswehr im Innern

Wenn wir in so zentralen Bereichen derartig umfangreich und vorsätzlich getäuscht und belogen werden, wäre es dann möglich, dass dies auch in anderen Bereichen passiert?

Zum Schluss eines der eindrücklichsten Zitate von Frau „Bundeskanzlerin“, Geschäftsführerin einer neuen Nicht-Regierungs-Organisation (wie Sigmar Gabriel es treffend ausdrückt):

Angela Merkel macht Wahlkampf auf dem Domplatz von Münster, und es gibt keine Aufgeregtheiten der Tagespolitik, außer dass sie den Leuten einmal etwas dramatisch sagt: "Eigentlich entscheiden Sie am 22. September über Ihr Leben." Die NSA-Spähaffäre ist ausgeblendet, ebenso das Drohnen-Debakel, kein Wort über Griechenland oder neue Hilfspakete. Die "brennenden Kirchen" in Ägypten werden kurz erwähnt; man hört ein wenig über die "Turbulenzen des Euro", der mehr sei als eine Währung¹³.

Keine Rücknahme, keine Relativierung, keine Konkretisierung – sie lässt es einfach so stehen.

Kann man mal drüber nachdenken.

Zeit wärs.

*Wenn ihr eure Augen nicht zum Sehen nutzt,
werdet ihr sie zum Weinen brauchen.
(Jean Paul Sartre)*



¹³ Merkel Sie entscheiden am 22. September über Ihr Leben - DIE WELT